

Ungewisser Ausgang der Wahlen in Serbien und Kroatien

Dušan Reljić

Ungewißheit liegt über dem Ausgang der bevorstehenden Wahlen in Serbien und Kroatien, den zwei größten und für die regionale Stabilität wichtigsten Staaten des westlichen Balkans. Obwohl in beiden Ländern nicht mit einem dramatischen Richtungswechsel zu rechnen ist, könnte eine weitere Stärkung der national-konservativen Kräfte in beiden Ländern den wirtschaftlichen und politischen Reformprozeß sowie die Annäherung an die Europäische Union beeinträchtigen. Zudem würde dadurch die regionale Stabilität nachhaltig Schaden nehmen. Die Regierungen der EU-Staaten wie der USA sollten noch eindringlicher als bisher auf die Durchsetzung und Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Normen bestehen und insbesondere nachdrücklicher die Zusammenarbeit der beiden Regierungen mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) einfordern.

Am 16. November wird in Serbien zum dritten Mal innerhalb von zwölf Monaten versucht, das Amt des Staatspräsidenten zu besetzen. Auch diesmal ist zu bezweifeln, daß die erforderliche Mindestbeteiligung von 50 Prozent der Wahlberechtigten erreicht wird. Zugleich mehren sich Anzeichen, daß vor Jahresende auch noch vorgezogene Parlamentswahlen stattfinden werden, möglicherweise am 28. Dezember. Da nach allen Erhebungen vorgezogene Parlamentswahlen keine eindeutige Mehrheit ergeben können, ist mit mühsamen Koalitionsverhandlungen zu rechnen.

In Kroatien werden am 23. November reguläre Parlamentswahlen abgehalten. Die Meinungsforscher sagen ein Kopf-an-Kopf-

Rennen zwischen der regierenden Mitte-Links-Koalition und dem erstarkten Bund der national-konservativen Oppositionsparteien voraus. Wer die Regierung bilden wird, hängt vom Ausgang der zu erwartenden Koalitionsverhandlungen ab.

Die Schatten von Milošević und Tuđman

Obwohl seit der demokratischen Wende in Serbien drei und in Kroatien fast vier Jahre vergangen sind, spielt der nationalistische Populismus aus der Ära der früheren autoritären Machthaber, Slobodan Milošević und Franjo Tuđman, nach wie vor eine große Rolle. Die Widerstandsfähigkeit der

alten Strukturen und die Bündnisse, die die aktuellen Regierungen in Belgrad und Zagreb mit den Trägern des alten Regimes, vor allem der Armee und dem Sicherheitsapparat, eingegangen sind, haben sich als größtes Hindernis auf dem Weg der gesellschaftlichen Modernisierung und der von vielen herbeigesehnten »Europäisierung« erwiesen.

Dabei ist für die jetzigen Regierungen in beiden Staaten der Beitritt zur Europäischen Union noch im Jahr 2007 zum Kern ihrer Bemühungen um die Gunst der Wähler geworden. Allerdings können Zagreb und noch weit weniger Belgrad damit rechnen, daß ihr Beitrittswunsch in Erfüllung geht. Ihm stehen wirtschaftliche Schwächen und ausgeprägte Demokratie-Mängel entgegen. Vor allem die Festigung des Rechtsstaates und die juristische und moralische Abrechnung mit dem national-populistischen Erbe lassen auf sich warten. Diese wunden Punkte geben nicht nur den alten politischen Kräften neuen Auftrieb, sie wecken auch nachhaltige Zweifel an Ausmaß und Tiefe des demokratischen Wandels. Aus diesen Schwächen und Mängeln resultieren auch Spannungen mit dem Westen. Im Mittelpunkt westlicher Kritik steht die zögerliche und oftmals unzureichende Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal im Haag.

Zuletzt kam sie in Vorwürfen der aufgeführten Chefanklägerin des Haager Tribunals, Carla Del Ponte, vor dem UN-Sicherheitsrat und der OSZE an die Regierungen in Zagreb und Belgrad zum Ausdruck. Del Ponte hielt beiden Regierungen mangelnde Kooperationsbereitschaft vor und warnte die EU, eine weitere Annäherung zuzulassen, bevor die volle Zusammenarbeit hergestellt sei. Der Ton wird auf beiden Seiten immer gereizter: Die jüngsten Anklagen Del Pontes würden, so führende Politiker in Belgrad, die demokratische Ordnung in Serbien destabilisieren. Kroatische Medien werfen der Chefanklägerin vor, sie wolle Kroatiens EU-Beitritt hintertreiben.

Die Scheu der Regierenden, entschlossen vorzugehen und vermeintliche nationale

Heroen wie Gotovina oder Mladić der internationalen Justiz auszuliefern, ist nicht nur in der Furcht vor einer Konfrontation mit den nationalistischen Kräften zu Hause begründet. Sie beruht auch auf einer im Ausland nicht immer bemerkten, zweifellos anti-liberalen und anti-westlichen Haltung, vor allem bei der sogenannten nationalen Intelligenz. Die Kritik am »nationalen Globalismus« (vorgebracht in Kroatien zum Beispiel vom »Forum der kroatischen Einheit« gegen die führende liberale Publizistin Jelena Lovrić) oder am »Mondialismus« (so die Formulierung des früheren Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien, Vojislav Koštunica) ist keine Ausnahmeerscheinung in der öffentlichen Debatte beider Länder. Die Äußerungen vieler führender Politiker und Intellektueller lassen eine tiefe Gespaltenheit erkennen: Einerseits bezeichnen sie den »europäischen Weg« als einzig gangbaren für Serbien bzw. Kroatien; andererseits zeigen sie zumindest Unbehagen, wenn nicht Ablehnung gegenüber nationsübergreifenden Integrationsprozessen.

Zugewinn für das rechte Lager

Aus Modernisierungsgängsten, Politikverdrossenheit sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen werden in beiden Staaten national-konservative Kräfte bei den bevorstehenden zweiten demokratischen Wahlen seit dem Ende der autoritären Regime Nutzen ziehen können.

Das kroatische Parlament zählt bis zu 160 Abgeordnete. Acht Mandate sind reserviert für Vertreter der nationalen Minderheiten und eine nicht präzise festgelegte Anzahl für die im Ausland (überwiegend in Bosnien-Herzegowina) lebenden Bürger Kroatiens. Die HDZ (*Hrvatska demokratska zajednica*), die frühere Tuđman-Partei, wird nach allen Umfragen mit etwa 58 Abgeordnetensitzen zur stärksten Kraft werden. Der sozialdemokratische Premier Ivica Račan (SDP) kann nur mit höchstens 38 Mandaten rechnen. Unabhängige liberale Kritiker werfen der Koalitionsregierung Račan vor,

während ihrer vierjährigen Amtszeit ungeahndete Kriegsverbrechen, die Korruption und andere Hinterlassenschaften des früheren Regimes nicht energisch beseitigt zu haben. Sie habe im Grunde nur »die HDZ amnestiert«.

Ob Račan an der Macht bleiben wird, darüber entscheidet vor allem einer der bisherigen Koalitionspartner, die konservative Bauernpartei (HSS). Die HSS hat zu erkennen gegeben, daß sie einem Partnerwechsel nicht abgeneigt ist. Bauernpartei-Chef Zlatko Tomčić zeigt in Fragen der Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal und bei anderen »patriotischen« Themen auffällig viele Gemeinsamkeiten mit dem HDZ-Chef Ivo Sanader – erhofft sich Tomčić doch Unterstützung für seine Kandidatur bei den anstehenden Präsidentenwahlen.

Račan und vor allem seine wichtige Koalitionspartnerin Vesna Pusić, Chefin der linksliberalen Volkspartei (HNS), stützen ihre Wahlkampagne auf die Behauptung, eine Machtübernahme der HDZ würde den EU-Beitritt Kroatiens in das nächste Jahrzehnt vertagen. Auch von anderer Seite regt sich Widerstand gegen die HDZ. So schrieb die Publizistin Jelena Lovrić: In Wirklichkeit pflege der HDZ-Chef Sanader nur eine demokratische Rhetorik, seine Partei befinde sich nach wie vor fest im Griff von führenden Personen aus der Ära Tuđman. In Europa sei man gegen die Rückkehr der Tuđman-Partei an die Macht.

Schwächung der regionalen Stabilität

HDZ-Chef Sanader tut sich schwer, vor der europäischen Öffentlichkeit innen- und außenpolitisch überzeugend zu wirken. In Fragen des transatlantischen Verhältnisses hat er jedenfalls eindeutig Position bezogen: In einem Meinungsartikel am 14. März 2003 im *Wall Street Journal* hat er in der Frage des Irak-Kriegs der EU-Mehrheitsposition eine Absage erteilt und uneingeschränkt die US-Politik unterstützt. Einhellig dürfte innerhalb der HDZ der Widerstand gegen die Fortsetzung der von der

Račan-Regierung eingeleiteten Versöhnung mit Belgrad sein, die auch im Ausland Anerkennung findet. Schwer vorstellbar ist, daß ausgerechnet eine von der HDZ geführte Regierung die innerkroatische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen beschleunigt, die Zusammenarbeit mit Den Haag verbessert oder gar die von internationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentierte Benachteiligung serbischer Vertriebener in Kroatien beendet. In jedem Fall würde ein Sieg der national-konservativen Koalition in Kroatien die zögerliche Normalisierung in der Region einer schweren Belastungsprobe aussetzen.

Die Festigung der regionalen Stabilität ist derzeit vor allem vom Fortgang der Krisenentwicklung in Kosovo und der Bereitschaft Belgrads und Prištinas abhängig, miteinander zu verhandeln. Sollte, wie Meinungsumfragen zur Zeit nahelegen, Vojislav Koštunicas Demokratische Partei Serbiens (DSS) als stärkste Kraft aus vorgezogenen Wahlen hervorgehen, dann werden sich die Aussichten auf zügige Verhandlungen über den künftigen Status der Provinz verschlechtern. Allerdings liegt die DSS mit 15 Prozent Zustimmung in Umfragen nur knapp vor der Demokratischen Partei (DS) von Premier Zoran Živković (14 Prozent). Die reformistische Partei G17plus und die rechtsnationalistische Serbische Radikale Partei (SRS) finden jeweils neun Prozent Zustimmung. Sollte die jetzige Fünf-Prozent-Sperrklausel beibehalten werden, könnte außer den genannten Parteien nur noch Miloševićs Sozialistische Partei Serbiens (SPS) mit einem Einzug ins Parlament rechnen.

Immerhin 40 Prozent der Wahlberechtigten in Serbien können oder wollen gegenwärtig nicht mitteilen, wem sie ihre Stimme geben werden. Demoskopener vermuten, daß – wie in Kroatien – vor allem national-konservative und populistische Parteien auf Zuspruch der Unentschlossenen rechnen können.

Präsidentenwahl in Serbien

Die Regierungskoalition in Serbien schickt den Philosophie-Professor und derzeitigen Parlamentsvorsitzenden der Staatlichen Gemeinschaft Serbien und Montenegro, Dragoljub Mićunović, gegen den Šešelj-Nachfolger Tomislav Nikolić als Kandidaten für das Präsidentenamt in den Wahlkampf. Meinungsumfragen geben Mićunović, der wegen seines langjährigen politischen Wirkens manchmal »Vater der serbischen Demokratie« genannt wird, einen eindeutigen Vorsprung. In weiten Teilen der serbischen Öffentlichkeit wird die Abhaltung

der Präsidentenwahlen als Ablenkungsmanöver der Regierung Živković gedeutet. Ihr Verbleib an der Macht ist angesichts der schwindenden Unterstützung seitens der 17 Koalitionsparteien und der ständigen Korruptionsaffären immer fraglicher. Die lange Vakanz des höchsten Staatsamtes und die zahlreichen Winkelzüge, mit denen die Regierungskoalition einen Mißtrauensantrag der Opposition zu verhindern suchte, haben den wichtigsten politischen Institutionen im Land schweren Schaden zugefügt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Wirtschaftliche Schwächen

In beiden Staaten gibt es viele Verlierer des Reformprozesses, die von einer weiteren Verschlechterung ihrer sozialen Lage bedroht sind, sei es durch Schließung maroder Staatsbetriebe, durch Privatisierung, Kürzung von Sozialleistungen oder durch andere Folgen des »ungebremsten Einzugs des Neoliberalismus«. Hinzu kommen fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, ungenügende Kapitalzuflüsse aus dem Ausland, Arbeitslosigkeit, Mängel der Gesetzgebung und Rechtsprechung, hohe Auslandsverschuldung, Korruption und ineffiziente Verwaltung.

In Kroatien sind etwa 300 000, in Serbien 800 000 Menschen arbeitslos. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 20 bzw. 30 Prozent. Mit einem großen Wachstumsschub ist in beiden Staaten in den nächsten Jahren nicht zu rechnen – erwartet wird für 2004 ein Anstieg des Bruttosozialprodukts um etwa vier Prozent. Besondere Sorge bereitet den Wirtschaftsplanern in Zagreb und Belgrad die wachsende Auslandsverschuldung: Kroatien steht mit über 21 Milliarden US-Dollar in der Kreide, Serbien mit über 12 Milliarden US-Dollar. Mit etwa 2.500 US-Dollar Jahreseinkommen pro Kopf ist Serbien allerdings zwei bis drei Mal ärmer als Kroatien (je nach Berechnungsart). Gemeinsame Merkmale sind jedoch die Überalterung der Bevölkerung und der

ungebrochene Auswanderungsdrang junger und qualifizierter Menschen.

Da beide Staaten auf Hilfe angewiesen sind und die EU-Mitgliedschaft anstreben, bieten sich der EU und ihren Mitgliedstaaten weitgehende Einflußmöglichkeiten – bis hin zur disziplinierenden Wirkung auf national-konservative Kräfte. Verwirklichen lassen sich diese Möglichkeiten jedoch nur, wenn die EU vor Ort kontinuierlich und entschlossen Einfluß nimmt. Neben der Bildungsarbeit der politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen und dem Wirken der OSZE und anderer internationaler Organisationen haben sich klassische politische Besuche auf hoher staatlicher Ebene, wie die jüngste Balkan-Reise des deutschen Bundeskanzlers, als wirkungsvolles Mittel erwiesen, isolationistischen und anderen rückwärtsgewandten politischen Zielvorstellungen entgegenzutreten und pro-europäische Kräfte zu stärken. Allerdings steht die zudem oft schleppend vergebene wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der EU nach wie vor nicht in einem angemessenen Verhältnis zur sicherheitspolitischen Bedeutung des Westbalkans. Dabei hat die EU durch ihre »Patenschaft« über die neue staatliche Gemeinschaft Serbien und Montenegro sowie ihre Bemühungen um die Bewältigung der Konflikte im Westbalkan eine weitgehende politische Verpflichtung übernommen.